



Parlament will Rüstungsdeal verhindern

Stavo-Mehrheit sendet „politisches Signal nach Berlin“

Die Mehrheit der Kasseler Stadtverordneten spricht sich gegen Rüstungsexporte nach Algerien aus. „Wir wollen das politische Signal nach Berlin senden, dass wir diese Art der Rüstungsproduktion nicht akzeptieren“, erklärte Dieter Beig, Vorsitzender der grünen Rathausfraktion, die den Antrag maßgeblich mitinitiiert hat.

Darin fordert das Parlament die Bundesregierung auf, die geplante Lieferung von Panzern nach Algerien und die Beteiligung deutscher Firmen am Bau einer Panzerfabrik in dem afrikanischen Land zu stoppen. Mit 39 Stimmen wurde der Antrag angenommen. Auch 15 Mitglieder der SPD-Fraktion sowie zwei der drei Abgeordneten von Demokratie erneuern/Freie Wähler stimmten zu, obwohl ihre Fraktionen den Antrag nicht mitgetragen hatten. Dort heißt

es: „Nach Paragraph 7, Absatz 1 Kriegswaffenkontrollgesetz ist die Möglichkeit jederzeit gegeben, die in 2013 erteilte Ausfuhrgenehmigung zu widerrufen.“ Dieter Beig betonte, dass es darum gehe, Waffenexporte in autoritäre Länder mit unklarer Menschenrechtslage zu verhindern, aber nicht grundsätzlich gegen Waffenproduktion zu sein. „Wir tragen Verantwortung für das, was in Kassel vorgeht“, sagte der Fraktionschef im Hinblick darauf, dass auch Kasseler Firmen von diesem Waffendeal profitieren. „Wir dürfen nicht einem Geschäft zuschauen, das im Widerspruch zu den deutschen Rüstungsexportrichtlinien steht“, machte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Boris Mijatovic deutlich. „Unsere Aufgabe ist es, darauf zu achten, dass die Richtlinien eingehalten werden.“

Schutz der Dönche vorantreiben

Gutachten wird Thema im Umweltausschuss

„Die Dönche ist als Lebensraum äußerst bedeutsam. Wir dürfen jetzt keine Zeit dabei verlieren, die wichtigen ökologischen Funktionen der Dönche sicherzustellen“, betonte Eva Koch, umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung war das Gutachten zum Austrocknen des Naturschutzgebiets daher Thema im Umweltausschuss. Die Grünen haben jetzt gemeinsam mit der SPD den Magistrat aufgefordert, den Pflegeplan für das bedrohte Naturschutzgebiet sowie den Bewirtschaftungsplan für das FFH-Gebiet Dönche in der nächsten Ausschusssitzung vorzustellen. Die zeitnahe Kommunikation der Expertensicht soll dazu beitragen, die Maßnahmen für den Schutz von Deutschlands größtem innerstädtischem Naturschutzgebiet zügig umzusetzen. Bereits das Gutachten war auf Antrag der Grünen erstellt worden.

Roland Schäfer

wird „Stadtältester“

Ehrung für Verdienste

30 Jahre lang hat Roland Schäfer die Geschicke in der Kasseler Südstadt im Ortsbeirat maßgeblich beeinflusst. Im vergangenen Jahr ist er aus dem Gremium ausgeschieden. Die Stadtverordneten haben nun dafür gestimmt, dem 66-jährigen die Ehrenbezeichnung „Stadtältester“ zu verleihen. Er war für die Grünen der Südstadt der kreative Kopf der Partei: Früher hieß das wohl „der grüne Spinner“, heute würde man viel respektvoller „der grüne Visionär“ sagen.

Das zeigen einige seiner Aktivitäten: So gründete er Anfang der 80er-Jahre an einer großen Gesamtschule in Nordhessen die erste Fahrrad-AG und Fahrradwerkstatt.



Das war in einer Zeit, als große Teile der Bevölkerung und der Politik Fahrradfahren als langsam aussterbende Verkehrsart ansah. In der Lilienthalstraße wurde damals einer der letzten alten Radwege von den Kasseler Verkehrsplanern beseitigt. Seit zehn Jahren plant und organisiert er den „Jazz am Auedamm“. Gegen sämtliche Bedenken hat er so Kassel zu einem Mekka für Jazzfreunde aus Nordhessen und Südniedersachsen gemacht.

Energiewende auf lokaler Ebene stärken

Städtische Werke können weitere Windparks bauen

Die Städtischen Werke sollen ihre Vorreiterrolle in Sachen Windenergie in Nordhessen weiter ausbauen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmte der Gründung von zwei Projektgesellschaften zum Bau zweier Windparks durch das städtische Unternehmen zu. „Für uns ist das Engagement auf lokaler Ebene ein entscheidender Schritt zur Energiewende. Die Region hat bei den Erneuerbaren Energien Modellcharakter. Dazu hat auch ganz entscheidend grüne Politik beigetragen“, erläuterte Eva Koch,



umweltpolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. Im Stiftswald Kaufungen sowie im Bereich Hessisch Lichtenau-Rohrberg sollen Windparks mit einem Investitionsvolumen von zusammen 88 Millionen Euro entstehen. Beide Standorte verfügen über bemerkenswert gute Windbedingungen. Die Windprojekte, die Strom für rund 35.000 Haushalte liefern könnten, sollen nun möglichst schnell umgesetzt werden.



Kommunale Selbstverwaltung ist bedroht

Fraktionen gemeinsam gegen TTIP – FDP bleibt außen vor

Die große Mehrheit der Stadtverordneten sieht die kommunale Selbstverwaltung durch das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) bedroht. In einem gemeinsamen Antrag forderten alle Fraktionen – bis auf die FDP – die an den aktuellen Verhandlungen beteiligten Akteur*innen unter anderem dazu auf, keinerlei Eingriffe in das Handeln der Städte und Gemeinden zuzulassen.

Darüber hinaus dürften „die kommunale Daseinsvorsorge sowie Kultur und Bildung nicht Gegenstand der Verhandlungen“ sein, verlangen Kasseler Stadtverordnete. EU-Kommission, Europaparlament, Bundesregierung und Landesregierungen wurden aufgefordert, „die aktuellen Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz und Öffentlichkeit zu führen“.

Die Grünen richten ihre Kritik nicht

gegen Wirtschaftspartner wie die USA, sondern gegen das aktuelle Verfahren und mögliche negative Konsequenzen. „Nach dem, was bisher aus den nichtöffentlichen Verhandlungen bekannt wurde, besteht der begründete Verdacht, dass mit diesem Freihandelsabkommen Rechte der Bürgerinnen und Bürger eingeschränkt und demokratische Willensbildung in Europa beeinflusst, ja sogar behindert werden soll“, kritisierte der grüne Stadtverordnete Thomas Koch. Die grüne Rathausfraktion befürchtet in der Folge unter anderem die Senkung von derzeit hohen Umwelt- und Sozialstandards, den Abbau von Datenschutz- und Verbraucherrechten, laschere Regelungen bei der Lebensmittelsicherheit und die Schwächung der europäischen Kulturpolitik.



Wohnungsmarkt im Blick behalten

Ergebnisse des Runden Tisches

Schon seit einigen Jahren haben die Grünen die Entwicklungen auf dem Kasseler Wohnungsmarkt im Blick. Mit dem „Runden Tisch Wohnen“ ist auf grüne Initiative hin ein Netzwerk rund um das Thema Wohnen in Kassel entstanden. Der Magistrat ist nun aufgefordert, die Ergebnisse dieses Runden Tisches in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport vorzustellen.

„Uns geht es darum, auch die Interessen von Studierenden und Menschen mit niedrigem Einkommen zu berücksichtigen und ihnen bezahlbaren Wohnraum zu bieten“, begründete Anja Lipschik den Vorstoß der grünen Fraktion. Für die sozialpolitische Sprecherin sind energetische Sanierung und Barrierefreiheit für ein selbstbestimmtes Leben von Älteren und Menschen mit Behinderungen weitere wichtige Themen.



Ja zum Frauenförderplan der Stadtreiniger

Grüne begrüßen familienfreundliche Arbeitszeiten

Die Grünen stehen für Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Daher unterstützt die Rathausfraktion die Zielvorgaben des Frauenförderplans für den Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger Kassel“. Der entsprechenden Magistratsvorlage stimmte die Stadtverordnetenversammlung nun zu. Dieser sieht unter anderem vor, den Frauenanteil in Leitungspositionen im Rahmen der Personalentwicklung zu erhöhen und Frauen Fachlaufbahnen zu ermöglichen. Als besonders erforderlich sehen es die Grünen an, familienfreundliche Arbeitszeiten zu schaffen und die Elternzeit gerade auch von Vätern zu unterstützen.

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8
34117 Kassel

Tel: 0561 787 1294

Fax: 0561 787 2104

info@gruene-kassel.de

www.gruene-fraktion-kassel.de